

Tabak-Arbeiter

Nummer 6

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

10. Februar 1923

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postämter zu beziehen. — Der Organisationsbeitrag beträgt 80 Mk. für das Vierteljahr ohne Beleggeld. — Organisationsbeitrag Montag abend. — Druck: Bremer Nachrichten und Verlagsanstalt S. D. Schmalstieg & Co. Schmalstieg 4. Ca. Sämtlich in Bremen.

Am 10. Februar (Sonntag) ist der 6. Wochenbeitrag fällig

Verbandsbeitrag, Redaktion u. Expedition: Bremen, An der Weide 20, I. Tel.: Amt 1020 6046. Adress- u. Einzelsendungen an Johannes Frohn, Bremen, An der Weide 20, I. — Postfachkonto 5349 b. Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankhaus für Deutschland, Postfach 1020, Postfachkonto 5349 b. Hamburg. — Verbandsbeitrag: L. Scherer, Hamburg, Verbandsbeitrag 57, 5. 4-49

Appell aller deutschen Gewerkschaften an Amerika.

Am 1. Februar traten Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Christliche Gewerkschaft), des Gewerkschaftsrings (Christlich-Deutscher) und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes zu einer Sitzung zusammen, um zu der ausnahmslosigen Lage und der für die nächste Zukunft drohenden Gefahren Stellung zu nehmen. Sie beschloßen, folgende Kundgebung sofort ergehen zu lassen:

An den Senat der Vereinigten Staaten und des Repräsentantenhauses, Washington.

Die unterzeichneten Gewerkschaftsverbände, die zwölf Millionen Mitglieder vertreten, mit ihren Angehörigen also mehr als die Hälfte der gesamten deutschen Bevölkerung darstellen, erklären erneut, daß sie, gestützt auf das amerikanische positive Verfassungsrechtliche Gerechtigkeitsgefühl, sich zu lösen, Deutschland von der Autokratie zur Demokratie führen, dem Gebote völliger Entlohnungsfreiheit, und dem Verlangen für Frieden und internationale Verständigung zu wirken, rüchhaltlos Ausdruck geben.

Der Deutsche liebt die friedliche Arbeit, er wird nicht sich eben so sehr der Arbeit, ihm für unbenutzte Rotten zum Sklaven zu machen, oder gar die kommenden Geschlechter seines Volkes einem Eniten wirtschaftlicher Anarchie auszuliefern. Die Bekämpfung des Ruhrbezirks und der Versäufelung bedingen jedoch solche Sklaverei, zerstören die deutsche und die europäische Wirtschaft und bedrohen zunächst Millionen Deutsche mit Arbeitslosigkeit.

Eine unparteiische, genügend bevollmächtigte Untersuchungskommission wird dieses feststellen können, außerdem aber noch, daß nicht mitten im Frieden Männer und Frauen, alte und junge, verhaftet und aus ihrer Heimat ausgewiesen werden, nur weil sie sich weigern, zu Verträgen an ihrem Vaterland zu werden. Wir sind bereit zu einem Volk herabgedrückt worden, das chronisch hungert, dessen Säuglinge in Papier statt in Fleisch und Knochen gewandelt werden, dessen Frauen und Kinder körperlich verelend und verkommen.

Dieser Appell soll kein Verlust sein. Amerika zu bewegen, eine bestimmte Haltung zugunsten der einen oder der andern sich gegenüberstehenden Parteien einzunehmen. Es ist ein Appell an das amerikanische Gerechtigkeitsgefühl und an seinen Sinn für „fair play“. Amerika, wir sind fest überzeugt, trat nicht in den Krieg, um das deutsche Volk zu vernichten. Der amerikanische Ehrenstandpunkt, wenn er auch jetzt fest behauptet wird, kann Europa und die Welt retten von sonst unermesslichem Unheil.

Die letzten Maßnahmen der Franzosen, insbesondere die systematische Unterbindung der Kohlenzufuhr, werden sich wahrscheinlich bald stark auf die deutsche Wirtschaft auswirken. Schon heute befinden sich mehr als neun Zehntel der deutschen Bevölkerung in einer untragbaren Notlage. Neue Arbeitslosigkeit ist einsetzend, wenn Frankreich weiter fortfährt, u. a. die Kohlenlieferung systematisch zu unterbinden. Trotzdem muß kaltes Blut bewahrt werden.

Nationalistische und kommunistische Wirtshäupter dürfen nicht zu Katastern der Masse werden. Jedes gewalttätige Vorgehen wäre ein Schritt zum Selbstmord, zum völligen Untergang unseres Volkslebens. Durch äußerste Zurückhaltung müssen wir bestrebt sein, den günstigen Eindruck, den die Haltung des deutschen Volkes auf das Ausland bisher gemacht hat, auch weiter aufrechtzuerhalten. Der passive Widerstand, den Deutschland leistet, muß aber Unterstützung vom Ausland finden.

Deutschland hat 1918 auf Grund der von Amerika aufgestellten Bedingungen die Waffen gestreckt. Viele Tausende der deutschen Arbeiterkraft das Recht, nachdem die Entschädigung der Verluste auf die Spitze getrieben ist, dem amerikanischen Volke zu überlassen. Das ist die deutsche Bevölkerung in einem unbeschreiblichen Elend befindet, dem ganz Europa zusehen muß, wenn nicht Einhalt geboten wird. Auch Amerika trägt Verantwortung für die Zustände, unter denen heute die Arbeiter Deutschlands, und nicht nur Deutschlands, litten leiden müssen. Daher tun die deutschen Gewerkschaften nur ihre Pflicht, wenn sie sich an das amerikanische Volk den Appell richten, die deutsche Arbeiterklasse — denn um deren Leid handelt es sich bei allem, was geschieht und was noch geschehen mag — nicht im Stich zu lassen. Die Gewerkschaften hoffen, daß das Gerechtigkeitsgefühl des amerikanischen Volkes dem Appell der deutschen Arbeiter den Nachdruck verleihen wird, der notwendig ist, um endlich der Vernunft zum Siege in der Welt zu verhelfen.

Die Unternehmerverbände der Welt im Jahre 1922.

Die Hauptaktionen der Unternehmerverbände im verfloßenen Jahre waren sämtlich von der Weltkrise bestimmt. Sie können in folgende drei Gruppen eingeteilt werden: 1. Herabsetzung der Produktionskosten, 2. Kampf gegen die Gewerkschaftsrechte, 3. Organisationsaufgaben.

Zur ersten Gruppe gehören ganz besonders die Lohnherabsetzung und Verlängerung der Arbeitszeit, daneben auch die technischen Verbesserungen der Produktion. Im Kampf für die Lohnreduktion und gegen den Achtstundentag beriefen sich die Unternehmerverbände auf die Interessen der nationalen Produktion, die sich auf dem Weltmarkt durch die Konkurrenz derjenigen Länder, welche bereits diese Maßnahmen getroffen hätten, bedroht fühlte, so entstand ein Wettlauf um den schleunigen Abbau der Erzeugnisse der Arbeiterkraft, der sehr an den gleichartigen Kämpfen der Staaten erinnert und durch die bestehenden Schranken des Waren- und Menschenverkehrs gesteigert wird. Es fragt sich allerdings, ob es doch nicht einfacher wäre, diese Schwierigkeiten des Weltmarktkampfes nicht auf die eigenen Arbeiter abzuwälzen, sondern durch Uebereinkünfte über gleichzeitige Abschaffung der Zollschranken und Erleichterung der Wanderung aufzuheben. Es besteht zwar eine internationale Arbeitnehbergerorganisation; ihre Tätigkeit erstreckt aber offenbar bessere Ergebnisse im Kampf gegen die Arbeiter als in einer gemeinsamen Aktion zur Erleichterung des Weltverkehrs. Auch die Verluste der internationalen Arbeitnehrgesellschaften, durch eine gleichartige Regelung der Arbeitsbedingungen in allen Ländern den irdischen Weltkampf zu verhindern, sind tatsächlich auf positiven Widerstand der Arbeitgeberkreise aller Länder gestoßen.

Bei der Durchführung der Lohnreduktion haben zwei Grundzüge einander gegenübergestellt: Anpassung der Löhne an die Kosten der Lebenshaltung oder deren Anpassung an den möglichen Warenpreis. Im großen und ganzen kann man sagen: bei steigenden Preisen neigen die Arbeitgeber dem Prinzip der Anpassung an die Kosten der Lebenshaltung zu (Deutschland, Oesterreich); bei sinkenden Preisen suchen sie die Löhne den „Möglichkeiten des Absatzes“ anzupassen (England, Amerika in der ersten Jahreshälfte). Von den anderen Ländern mit sinkenden Preisen hat sich nur Frankreich — wo übrigens die Preislenkung nicht sehr bedeutend war — das Prinzip der Anpassung an die Lebenshaltungskosten durchgesetzt.

Die Bewegung der Unternehmerverbände gegen den Achtstundentag hat die ganze Welt erfaßt; allen Ländern voran gehen die von der Krise heimgejudeten Länder des westeuropäischen Kontinents mit Frankreich, Italien, Belgien, Dänemark und Schweden an der Spitze, aber auch Deutschland blieb diese Frage nicht erspart. Dagegen lag in England das Schwergewicht mehr auf der Frage der Lohnherabsetzung. In Amerika, wo die Regelung der Arbeitszeit viel zu wünschen übrig läßt, ist der Angriff der Unternehmer mehr gegen die Prinzipien der Organisationsfreiheit, des Tarifvertrages und der Betriebskontrolle gerichtet.

Betrachtet man die einzelnen Industriezweige, so haben die Unternehmer im Baugewerbe und in der Textilindustrie einen besonders großen Anteil an dem allgemeinen Kampf gegen den Achtstundentag; im Baugewerbe infolge der saisonmäßigen Produktionsweise, die eine Abwechslung vom Achtstundentag nahelegt; in der Textilindustrie infolge des Umstandes, daß die Produktivität bei gegebener Schnelligkeit der Maschinen von der Ermüdung des Arbeiters wenig beeinträchtigt wird.

Was die Produktionsverbesserungen betrifft, so haben hierbei die Verbände eine geringere Rolle gespielt als bei der Änderung der Arbeitsbedingungen; diese Frage will jeder Unternehmer lieber für sich allein lösen. Eine Untersuchung der amerikanischen „Gesellschaft der Ingenieure“ hat gezeigt, daß etwa 50 Prozent der Kosten einer unparasitären Betriebsführung zu verdanken sind; von irdenwelchen gemeinsamen Maßnahmen zur Verhinderung dieser Erscheinung ist aber nicht viel zu hören. Nur in Schweden hat der Industrieverband die Gründung einer „Standardisierungskommission“ zur Festlegung bestimmter Produktionsnormen angeregt.

Der Kampf gegen die Rechte der Gewerkschaften hat gegenüber dem Vorjahr — als es galt, die beginnende Krise zu einer Gegenoffensive auszunutzen — an Bedeutung und Schärfe eingebüßt. Es ist bloß ein Nachklang der vergangenen Kämpfe, wenn sich die italienische Konföderation der Industrie oder der englische Maschinenbauverband stark gegen die Arbeiterkontrolle der Betriebe ausspricht. Im übrigen hat sich der Kampf auf die Fragen der prinzipiellen Anerkennung der Gewerkschaften, in manchen Staaten Nordamerikas sogar auf die Frage der Koalitionsfreiheit (das Antitrustgesetz im Staale Kansas) zurückgezoogen. Daneben spielt die Bekämpfung des „closed shop“ (des geschlossenen, das heißt nur den Gewerkschaftsmitgliedern zugänglichen Betriebes) in den Vereinigten Staaten eine wichtige Rolle.

Die Organisationsfähigkeit der Unternehmerverbände wies während der Krise eine doppelte Tendenz auf. Für die allgemeine lautierte Leitung sowie für Verhandlungen mit der Regierung oder mit dem Ausland ist Zentralorganisation an Plaz. Viele Gewerkschaftszweige haben daher Spitzenorganisationen ins Leben gerufen. In Frankreich ist zum erstenmal ein allgemeiner Arbeitgeberverband in Aussicht genommen; in der Tischschloßerei haben die deutschen und die tschechischen Unternehmer je eine Zentralstelle gebildet. Die Verbände Schwedens, Norwegens, Dänemarks und Finnlands haben ein gemeinsames Nordisches Zentralbüro mit einem Aktionsprogramm (nämlich: Lohnherabsetzung) errichtet. Endlich hat sich die Internationale Organisation der Arbeitgeber wesentlich vergrößert und hat neben der gewerkschaftlichen landwirtschaftlichen Sektion gegründet. — Für die Durchführung der Richtlinien, für den tatsächlichen Kampf mit

der Arbeiterschaft gilt aber im allgemeinen eine weitgehende Autonomie der einzelnen Branchen und Ortsverbände. In den Vereinigten Staaten von Amerika, wo die Arbeitgeberorganisationen nie ein einheitliches Ganzes gebildet haben, ist die Tendenz einer weiteren Dezentralisierung (zum Beispiel Uebergang von nationalen zu örtlichen Verhandlungen) erkennbar; aber auch der italienische Industrieverband, sogar die streng zentralisierte „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ hat die Parole der Autonomie ausgegeben. Durch diese Politik wird einerseits der Wuntheit der lokalen Preisverhältnisse Rechnung getragen, andererseits ist aber durch diese bewusste Lockerung dem Austritt der weniger disziplinierten Mitglieder vorgebeugt, der sonst in den Zeiten der Krise zu erfolgen pflegt. 3. W.

Der Verbandsbeitrag.

Wir müssen uns schon wieder einmal mit dem Verbandsbeitrag beschäftigen. Er ist das materielle Fundament der Organisation. In ständig dem Verdienst und der Geldentwertung anzupassen, muß das Vertrauen aller einsichtigen Verbandsmitglieder sein. Geht die Beitragsleistung zurück, dann wird sehr schnell die Tatsache zu verzeichnen sein, daß die Ausgaben die Einnahmen übersteigen und der Verband die ihm übernehmenden Aufgaben nicht mehr erfüllen kann. Das Eintreten eines solchen Zustandes muß unter allen Umständen verhindert werden; denn in dem Augenblick, wo der Verband nicht mehr aktionsfähig ist, werden die Tabakarbeiter ein Spielball in den Händen der Unternehmer sein. Schon jetzt glauben einzelne Fabrikanten die Zeit der Krise auszunutzen zu können, indem sie den Verlust machen, mit der Betriebsvertretung niedrigere Löhne zu vereinbaren, als durch die Abmachungen der beiderseitigen Organisationsvereinbar worden sind. Derartige Versuche müssen erfolgreich sein, wenn die Tabakarbeiter in der Organisation keinen Rückhalt mehr haben. Dann haben die Mitglieder höchstens einige hundert Mark Beitrag gespart und dafür ebenso viele hunderttausend Mark an Lohn eingebüßt. So wird sich die Sparlichkeit am verkehrten Ende rächen, und zwar nicht nur an den säumigen Zahlern, sondern auch an den übrigen Tabakarbeitern; denn darüber besteht doch wohl kaum ein Zweifel: ist den Unternehmern der Tarifbruch und Lohnbruch erst an einigen Stellen gelungen, werden sie auf der ganzen Linie zum Angriff übergehen. Wehe der Tabakarbeiter, wenn ihr Verband dann mit leeren Kassen dasteht.

Es ist wohl nicht erforderlich, den Mitgliedern im langen Ausführungen auseinanderzusetzen, in welchem Umfange die Ausgaben des Verbandes auf allen Gebieten gestiegen sind. Alle merken es so an ihrem eigenen Geldbeutel, wie teuer die Dinge geworden sind, die der Verband zur Aufrechterhaltung einer erfolgreichen Tätigkeit benötigt. Die Lohnherabsetzung, die infolge der Geldentwertung immer häufiger stattfinden müssen, verdrängen durch die fortwährend erhöhten Fahrpreise und sonstigen Unkosten immer größere Summen. Durch die Preissteigerung, die im Verhältnis noch schneller und noch höher steigen als der Dollar, werden die Verbandszeitungen und das Bureauaterial ganz gewaltig verteuert. So wie die Löhne der Tabakarbeiter müssen auch die Gehälter der Verbandsangestellten erhöht werden. Dazu kommt die Belastung der Verbandskasse durch die erhöhten Portogebühren usw. Kurz und gut, die Ausgaben steigen die mehr als die Einnahmen. Dabei wird von der Verbandsleitung gespart, wo nur irgend zu sparen ist, aber auch damit wird es bald zu Ende sein; denn übertriebene Sparlichkeit kann schließlich zur Schädigung des Verbandes und damit zur Schädigung der Tabakarbeiter führen.

Aus alledem erlaßt sich, daß Vorstand, Ausschuß und Beirat des Verbandes ihre Pflicht veräumen würden, wenn sie nicht darum besorgt wären, den finanziellen Zusammenbruch des Verbandes zu verhindern. Das kann aber nur geschehen, wenn die Beiträge bewußt gestaltet werden und sich den jeweiligen Verbandsverhältnissen anpassen. Von diesen Erwägungen ausgehend, ist den Zahlstellenleitungen mitzuteilt worden, daß die Beitragsmarken zu 60 M vom 10. Februar an nicht mehr verkauft werden dürfen und sofort an den Vorstand in Bremen geschickt werden müssen. Der niedrigste Wochenbeitrag beträgt dann 80 M, während der niedrigste Stundenlohn in der Apparaturindustrie in der zweiten Februarhälfte 162.40 M ausmacht. So daß auch diejenigen, die nur halbe Wochen arbeiten und keinen Aufschuß an Tabaksteuerunterstützung erhalten, dem Verbandsbeitragspflichtig sind, einen Beitrag von nicht mehr als einen Stundenlohn zu zahlen haben. Mitglieder mit höheren Verdiensten und Unterstützungen müssen natürlich einen entsprechend höheren Beitrag zahlen. Mit der Streichung der Beitragsstufe von 80 M kann es aber nicht sein; denn haben, zum 24. Febr. muß auch die Beitragsstufe von 80 M gestrichen werden. Außerdem muß es zur Einführung neuer Beitragsstufen für die höheren Verdienste kommen. Entsprechende Vorarbeiten sind den in Betracht kommenden Räteverbänden bereits zur Vorklaffung vorgelegt worden. Ihre Annahme und Durchführung ist aus den anfangs genannten Gründen eine zwingende Notwendigkeit. Nur wenn alle Mitglieder zu jeder Zeit ihre volle Pflicht und Schuttpflicht tun, wird es möglich sein, dem Verbande die Möglichkeit zu geben, auf allen Gebieten im Interesse der Mitglieder wirken zu können.

Lohn- und Tarifbewegungen.

Aus der Zigarrenindustrie.

Eisenacher Vereinbarung
Über eine Erhöhung der Löhne vom 2. Febr. 1923.
Die bestehenden Tarifverträge werden erhöht, so daß insgesamt zu zahlen sind für...

Errechnen lassen sich die Februarlöhne am schnellsten und sichersten, indem man die Mai-Juni-Löhne (das sind die in den gedruckten Tarifverträgen aufgeführten Löhne) verdreifacht und zwar für...

Infolge der Lohnvereinbarungen in den vorigen Monaten war die im September und November abgeschlossene Differenzierung der Aufträge für Akkord-, Zeitlohn- und Stumpfenarbeiten immer geringer geworden. Bei der neuen Lohnvereinbarung wurde das ursprüngliche geschlechtliche Verhältnis ungefähr wieder herstellt.

Aus der Zigarettenindustrie.

Bremen. Die Gewerkschaften wurden für die erste Februarhälfte um rund 100 Prozent erhöht.
Presden. Die Gewerkschaften werden für die Zeit vom 1. bis 14. Februar um 85 Prozent erhöht. Als Nachzahlung für die zweite Januarhälfte werden an die weiblichen Arbeitnehmer 4000 M. und an die männlichen Arbeitnehmer 5000 M. bezahlt.

Aus der Kantabakindustrie.

Wagern nicht herabzusetzen
wurde der am 6. November 1922 abgeschlossene Nachtrag zum allgemeinen verbindlichen Tarifabkommen E des Reichsarbeitsvertrages vom 27. September 1921.

Aus dem Tabakgewerbe.

Richtlinien
für Neueinstellungen, Betriebsbeschränkungen und Entlassungen in der Tabakindustrie vom 2. Februar 1923.
Die Verhältnisse in der deutschen Tabakindustrie sind zurecht trübsal. Die Lage der deutschen Wirtschaft gibt keine Hoffnung auf eine baldige, nachhaltige und dauernde Besserung.

Nach den obigen einleitenden Darlegungen wird es als notwendig betrachtet, für eine den Verhältnissen entsprechende Abmilderung der überhöhten Arbeiter zu sorgen, wobei besonders auf die Möglichkeit, für diese Arbeiter in anderen Berufen Arbeit zu bekommen, Rücksicht genommen werden soll.

Alle Stellen der Tabakindustrie werden dringend gebeten, sich bei der Durchführung der obigen Richtlinien gegenseitig zu unterstützen.
Dr. Wolfgang Schick
Vorstand der Arbeitgeberseite.
Dr. Karl Deichmann
Vorstand der Arbeitnehmerseite.
Dr. Bruno Jacobbe
Geschäftsführer.

Aus den Gauen und Zahlstellen.

Über den heiligen Bureaukratismus ist wohl noch nicht viel Lobenswertes gesagt worden und wer ihn kennen lernen will, muß sich die Formeln mit Eis kühlen; besonders wenn es sich um Hungernde handelt.
Der altproletarische, mit penibler Genauigkeit und Langsamkeit arbeitende Verwaltungsapparat hat, der aus der Zeit noch nicht herauszutreten hat, wo die Mark noch Mark war, hohen Namenhauer Tabakarbeiter kennen gelernt.

Dollarlöhne von 7. über 8000 M. gestellt werden, aber es wird in Wirklichkeit erst bei einem Dollarlohn von über 20.000 M. bezahlt.
Die Organisation wird es sein, bei den Politikern darauf hinzuwirken, daß - wenn eine Vergrößerung der Unterstützungslöhne durch Beschneiden der Budgets eintritt - die Unterstützung bei der Auszahlung getrennten Tarifverträgen verhältnismäßig angesetzt wird.

Wirtschaftliches und Soziales.

Die neuen Höchsthöhe der Erwerblosenunterstützung.
Gültig seit dem 20. Januar 1923 in den Orten der Ortsklassen:
a) für männliche Personen A B C D u. E
1) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben...

(In Klammern stehen die nachträglich erhöhten Summen, die vom 15. bis zum 27. Januar Geltung hatten.)
Die wöchentliche Unterstützung beträgt demnach zurecht in den Ortsklassen:
A B C D u. E
für ein Ehepaar 6300 5700 5100 4500

Auch diese neuen Sätze halten nicht Schritt mit der fortschreitenden Geldentwertung und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Reichsregierung und Reichsrat sofort erneut zur Erhöhung der Sätze Stellung nehmen müssen, um so mehr, als die hereinbrechende Wirtschaftskrise immer größere Massen unterhaltslos macht und ihnen eine Verdienstmöglichkeit nimmt.
Mit dem Fortschreiten der Wirtschaftskrise gewinnt die Unterstützung der Kurzarbeiter höhere Wichtigkeit. Die Zahl der Kurzarbeiter läßt sich im Augenblick nicht feststellen, aber sie umfaßt bereits einen ganz erheblichen Teil der beschäftigten Arbeiter.

Der Druckfehler hat in der vorigen Nummer des 'Tabak-Arbeiter' an einigen Stellen sein Unwesen getrieben, wie wohl von den anmerkungswürdigen Lesern und Lesern schon bemerkt sein wird.
In dem Aufsatz: 'Die Sozialpolitik des Reichs' muß es im letzten Satze der zitierten Passage von Dr. Wedd nicht 'nicht' richtig heißen, bei nicht fortgesetzter Leistung reduziert werden.